

Doppelfehler des Kantonsrats

Beim Beraten der Volksinitiative «Chancen für Kinder» am letzten Montag sind dem Kantonsrat gleich zwei Formfehler unterlaufen. Jetzt muss nochmals abgestimmt werden.

ZÜRICH – An seiner letzten Sitzung passierte dem Kantonsrat ein doppelter Formfehler: Zur Volksinitiative «Chancen für Kinder» haben die Kantonsrätinnen und Kantonsräte erstens über das Falsche und zweitens auf falsche Art und Weise abgestimmt. Das Parlament ist über zwei «neue» Bestimmungen gestolpert: über eine Regelung zur Behandlung von Volksinitiativen aus dem Jahr 1999 und über die Ausgabenbremse aus dem Jahr 2000.

Die Verfassungsänderung aus dem Jahr 1999 sieht vor, dass der Kantonsrat über eine ausformulierte Volksinitiative direkt abstimmen kann. Zuvor hatte der Rat jeweils nur über eine Ja- oder Nein-Parole zu Initiativen beschlossen. Die Volksvorstösse un-

terstanden dem obligatorischen Referendum. Das heisst, entschieden hat in jedem Fall das Stimmvolk.

Seit 1999 kann der Kantonsrat hingegen eine Volksinitiative annehmen, ohne dass die Stimmbürger danach noch an die Urne müssten. Nur wenn das – fakultative – Referendum dagegen ergriffen wird oder der Kantonsrat eine Volksinitiative ablehnt, kommt es zur Abstimmung. Seit 1999 fand allerdings keine einzige Volksinitiative die Gnade der Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Sie fassten stets die Nein-Parole. Die Neuregelung kam nie zum Zug. Anders am letzten Montag: Zur Initiative «Chancen für Kinder», die Ergänzungsleistungen für arme Familien fordert, hat der Rat mit einem hauchdünnen

Mehr von 85 zu 84 eine Ja-Parole gefasst, ein Vorgang, den es seit 1999 eigentlich gar nicht mehr geben sollte.

Ungebremst beschlossen

Damit nicht genug: Auch die Ausgabenbremse aus dem Jahr 2000 hat der Kantonsrat letzten Montag «vergessen». Diese sieht vor, dass Ausgaben mit Kostenfolgen nicht nur von einem Mehr der Anwesenden beschlossen werden müssen, sondern von mindestens 91 der 180 Kantonsratsmitglieder. Die Volksinitiative «Chancen für Kinder» verursacht voraussichtlich Mehrkosten von 110 Millionen Franken, von denen der Kanton 45 Millionen übernehmen müsste. Trotzdem wurde nicht abgeklärt, ob die Klausel der Ausgabenbremse angewendet werden müsste.

Gestern Abend hat die Geschäftsleitung des Kantonsrates darüber beraten, wie der doppelte Lapsus wieder ausgegült werden kann. «Das

Geschäft geht zurück an die vorbereitende Kommission», erklärte gestern Abend Bruno Rickenbacher, Leiter der Parlamentsdienste. Man habe nun einen «formell korrekten Weg» gewählt. Der Kantonsrat wird formell über einen «Feststellungsbeschluss» entscheiden, in dem festgehalten wird, dass die Abstimmung letzten Montag Mängel aufwies und nicht rechtmässig war. Diese Vorlage wird nächste Woche verschickt und könnte frühestens am 6. November in den Rat kommen.

Rickenbacher lobt die Fehlerkultur im Rathaus: «Es wurde gar nichts vertuscht. Wir haben sofort alle Stellen informiert, bevor die Medien Wind von der Sache bekamen.» Zur Erklärung des Fehlers sagt Rickenbacher: «Der Kantonsrat fasst pro Jahr über 400 Beschlüsse. Bei diesem einen, etwas exotischen Fall ist es nun einfach dumm gelaufen.»

JAKOB BÄCHTOLD

Tödlicher Fall von Tuberkulose

ZÜRICH – Ein 47-jähriger Sekundarlehrer ist an Tuberkulose gestorben. Bei ihm sei die Krankheit bereits stark fortgeschritten gewesen, sagte Otto Brändli, Präsident der Zürcher Lungenliga. Deshalb habe die intensive Chemotherapie nichts genützt. Der Lehrer, der mehrere Schüler angesteckt hatte, habe die Krankheit lange Zeit nicht realisiert und sich trotz Symptomen zu spät in ärztliche Pflege begeben. Dagegen seien die angesteckten Jugendlichen erfolgreich mit Antibiotika behandelt worden. Die Zürcher Lungenliga hatte im Sommer nach Bekanntwerden des Vorfalls die Eltern aus mehreren Sekundarklassen informiert und aufgeklärt. Die Schüler wurden untersucht.

Laut Brändli waren auch noch drei andere Schulhäuser in Zürich von Tuberkulosefällen betroffen. Überall seien die nötigen Massnahmen ergriffen worden. Heute Freitag wird der Schulärztliche Dienst der Stadt Zürich genauer informieren. (sda)

Eine Initiative für Kinderbetreuung

ZÜRICH – Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) lanciert eine Volksinitiative für ein Kinderbetreuungsgesetz. Das haben die GBKZ-Delegierten gestern Abend beschlossen. Mitte November soll die Unterschriftensammlung beginnen. Die Lancierung wurde von den Delegierten im Volkshaus ohne Gegenstimme gutgeheissen. Die Volksinitiative strebt ein kantonales Kinderbetreuungsgesetz an. Damit will der GBKZ «auf kantonaler Ebene eine Gesetzeslücke bezüglich familienexterner Kinderbetreuung schliessen». Der Kanton erhalte die Kompetenz und Pflicht, zusammen mit den Gemeinden ein breit gefächertes Betreuungsangebot aufzubauen. (sda)

Stadtpräsident heisst Imame willkommen

Ungewohntes Bild gestern im Zürcher Stadthaus: Stadtpräsident Elmar Ledergerber hat Vertreter der Zürcher Muslime eingeladen.

ZÜRICH – «Sie und Ihre Gemeinden sind hier willkommen!» Mit diesen Worten begrüsst Stadtpräsident Elmar Ledergerber gestern im ehrwürdigen Musiksaal des Zürcher Stadthauses etwa 40 Vertreter – darunter auch einige Vertreterinnen – von moslemischen Gemeinden und Orga-

nisationen aus Zürich. «Diese Botschaft wurde von den islamischen Vertretern sehr begrüsst», erklärt Christof Meier, Leiter der Integrationsförderung der Stadt Zürich, auf Anfrage. «In Diskussionen kam zum Ausdruck, dass die Muslime sonst häufig den Eindruck haben, dass sie in unserer Gesellschaft nur als Bedrohung wahrgenommen werden.»

Ledergerber hat die islamischen Repräsentanten zu Integrationsbemühungen aufgefordert: «Tragen Sie dazu bei, dass alle Mitglieder ihrer Gemeinden möglichst gut Deutsch

lernen.» Weiter begrüsst er, dass sich die Vereinigung islamischer Organisationen Zürich (VIOZ), die Dachorganisation der muslimischen Vereine, in einer Grundsatzklärung deutlich für Gleichberechtigung und interreligiösen Dialog aussprechen. Sakib Halilovic, Imam einer bosnischen Gemeinde, die einen Gebetsraum in Schlieren unterhält, und andere islamische Vertreter betonten laut Mitteilung der Stadt, dass sie sich als «verlässliche Partner beim gemeinsamen Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens» verstehen.

Wie die Stadt weiter mitteilte, war das Ende des Fastenmonats Ramadan der Anlass für den Empfang, der in dieser Form zum ersten Mal durchgeführt wurde. «Es ging dabei nicht darum ein bestimmtes Problem anzusprechen», sagte Meier, «sondern vor allem darum zu zeigen, dass es normal ist, dass Muslime in Zürich leben.» Laut Communiqué der Stadt leben in Zürich über 20 000 Personen, «für die der Islam eine wichtige Orientierung ist». Die städtische Integrationsförderung überlegt sich nun, dieses Treffen zu institutionalisieren. (bä)

INKÜRZE

Nein-Parole der CVP

ZÜRICH – Die CVP des Kantons Zürich empfiehlt Ablehnung der Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule». Das haben die Delegierten gestern Abend in Dietikon beschlossen. Der Entscheid fiel nach längerer Diskussion mit 55 gegen 25 Delegiertenstimmen deutlich aus. Vor allem die Lehrer unter den Delegierten sprachen sich für nur eine Fremdsprache aus. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich hat gestern ebenfalls die Nein-Parole zur Volksinitiative gefasst – einstimmig.

Tibeter protestieren

ZÜRICH – Gut 200 Angehörige tibetischer Organisationen in der Schweiz haben gestern vor dem Chinesischen Konsulat in Zürich-Enge gegen die Beschussung tibetischer Flüchtlinge durch chinesische Einheiten protestiert. Sie appellierten an Bundesrätin Calmy-Rey, auf ihrem China-Besuch die Vorfälle vom vergangenen 30. September anzusprechen und zu verurteilen. Symbolisch waren die Demonstranten als «lebende Zielscheiben» verkleidet.

Dübendorf plant mit Defizit

DÜBENDORF – Die Stadt rechnet im Voranschlag 2007 bei einem Gesamtaufwand von 119,3 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von knapp 1,3 Millionen. Gemäss Stadtrat kann nur eine nachhaltige Reduktion des Aufwands den Druck auf einen höheren Steuerfuss verringern. Dabei mache sich das Sanierungsprogramm «Focus 06» im Voranschlag bemerkbar. Der Voranschlag geht von einem gleich bleibenden Steuerfuss von 94 Prozent aus. Der Aufwandüberschuss reduziert das Eigenkapital per Ende 2007 auf 49,9 Millionen. Die Nettoinvestitionen betragen 8,4 Millionen. (sda)



Stadtpräsident Elmar Ledergerber (SP) mit Stadtrat Gerold Lauber (CVP) an seiner Seite, umrahmt von Vertreterinnen und Vertretern der Zürcher Muslime. Bild: Kurt Schorrer/foto-net

Für ganzheitlichen Schulunterricht

Die Befürworter der Fremdspracheninitiative fordern eine Rückbesinnung auf das Pestalozzi-Schulprinzip «Kopf, Hand und Herz».

ZÜRICH – Die Zürcher Fremdspracheninitiative ermöglicht gemäss dem Unterstützungskomitee einen ganzheitlicheren Unterricht. Dies bringe sowohl den Kindern als auch der Wirtschaft mehr als das Erlernen zweier Fremdsprachen an der Primarschule. Die unangemessene Fokussierung auf Fremdsprachen gehe zu Lasten von anderen wichtigen Bildungsinhalten, sagte SVP-Kantonsrat Samuel Ramseyer an einer Medienkonferenz des Komitees, das nur eine obligatorische Fremdsprache an der Primarschule will. Ramseyer kritisierte die Vernachlässigung von mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Dies sei verheerend für den Forschungs- und Technologiestand-

ort Schweiz. Auch handwerkliche und musische Fächer müssten wieder ein grösseres Gewicht erhalten. Ausserdem bemängelte Ramseyer die geringere Bedeutung des Deutschunterrichts. Dabei sei das Beherrschen der deutschen Sprache die Voraussetzung für das Lernen auf allen Gebieten. Wer Deutsch beherrsche, habe auch bessere Chancen auf dem Lehrstellenmarkt.

Ein früher Beginn alleine reiche nicht aus für das erfolgreiche Erwerben einer Fremdsprache, erklärte Ulrike Stedtnitz, Fachpsychologin und Spezialistin für Begabtenförderung. Notwendig sei zudem eine genügende Intensität der Stoffvermittlung. Mit zwei Wochenlektionen Französisch und zwei Wochenlektionen Englisch liessen sich weder in der einen noch in der anderen Sprache befriedigende Ergebnisse erzielen. Ein gestaffelter Fremdsprachenunterricht bringe letztlich bessere Ergebnisse, sagte Stedtnitz. Zudem gab sie

zu bedenken, dass sich Begabtenförderung nicht auf Sprachen beschränken dürfe.

Die Losung «Mehr Fremdsprachen, mehr Berufschancen» stimme nur bedingt, sagte Hugo Götz, früherer Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung. Er stelle fest, dass Berufsleute die Sprachen können, die sie auch wirklich benötigen – und diese Leute hätten nicht zwei Fremdsprachen an der Primarschule gehabt. Laut Götz braucht es vielmehr eine Rückbesinnung auf die gleichwertige Bedeutung von «Kopf, Hand und Herz» in der Schule.

«Eins nach dem anderen, aber richtig – statt von allem ein wenig»: Dies ist der Vorschlag der Fremdspracheninitiative, die am 26. November im Kanton Zürich zur Abstimmung kommt. Die Initianten empfehlen, mit Englisch in der Primarschule zu beginnen. Französisch soll erst an der Oberstufe intensiv unterrichtet werden. (sda)

Stadtquartier für Forscher und Volk

ZÜRICH – Der ETH-Standort Hönggerberg öffnet sich einem breiten interessierten Publikum und bietet Kurzvorlesungen und Laborbesuche an. Das neue Angebot «Treffpunkt Science City» startet am ersten Novemberwochenende und ist vorerst auf vier Monate beschränkt. Im Februar will die ETH dann auswerten, ob und wie das Angebot weitergeführt werden soll.

Der Dialog zwischen Forschung und Öffentlichkeit sei ein wichtiger Schritt zu einem für alle offenen «Stadtquartier für Denkkultur», sagte Gerhard Schmitt, ETH-Vizepräsident, vor den Medien in Zürich. Die Veranstaltungen finden meistens an Sonntagen statt. «Forschung zum Anfassen» widmet sich jeweils einem Thema. Zudem sind Rundgänge auf dem Gelände und Talkveranstaltungen geplant. (sda)

Programm der Veranstaltungen
www.sciencecity.ethz.ch/treffpunkt